

28. November 2018, 18:00 Uhr

28. November 2018, 18:00 Uhr Update: 28. November 2018, 18:43 Uhr

## Pflege muss mehr geschätzt und besser bezahlt werden

**Heilbronn** Pflege muss uns allen mehr wert sein. Dafür wollen die Grünen in der Landesregierung kämpfen und die Rahmenbedingungen schaffen. Das versprach die Staatssekretärin für Soziales und Integration, Bärbl Mielich, bei einer Veranstaltung des Ortsverbands der Grünen in Heilbronn.

Von Christian Klose



Mielichs Vision ist, dass eine Fachkraft im Gesundheitswesen künftig genauso viel verdient wie ein Facharbeiter in der freien Wirtschaft. "Erst, wenn wir die Pflegenden genauso wie die Facharbeiter in der Metall-Industrie bezahlen, sind wir dort, wo wir sie verorten sollten. Es ist genauso eine sehr qualifizierte Tätigkeit und hat den gleichen gesellschaftlichen Wert. Beides ist wichtig für den Zusammenhalt und den Fortschritt der Gesellschaft", sagte die Staatssekretärin von Bündnis 90/Die Grünen bei der Veranstaltung mit dem Titel "Offen gesprochen: Zukunft der Pflege".



Hatte bei der Diskussion keinen leichten Stand: Staatssekretärin Bärbl Mielich.

Die Pflege habe in Deutschland noch immer keine Lobby. Und auch nicht die Anerkennung wie andere Berufe im Gesundheitswesen. Das Bild der Pflege stamme noch immer aus der Zeit, als vor allem Nonnen die Kranken pflegten und "dienten". Bärbl Mielich: "Es ist höchste Zeit, dass sich da etwas ändert."

### Mielich hält nicht viel von Spahns Sofortprogramm

Von dem von Bundesgesundheitsminister Spahn vorgeschlagenen "Sofortprogramm Pflege", das bundesweit die gesicherte Finanzierung von 13.000 zusätzlichen Stellen vorsieht, hält Mielich dennoch nicht viel. "Das ist für mich blinder Aktionismus und nur ein Tropfen auf den heißen Stein." Denn verteilt auf alle Krankenhäuser würden das 1,5 neue Stellen pro Klinik bedeuten. Die Staatssekretärin möchte sich unter anderem dafür einsetzen, dass die Pflegeausbildung qualitativ verbessert und vereinheitlicht wird. "Die Berufswelt verändert sich, alle Pflegekräfte sollten in allen Bereichen der Pflege arbeiten können." Deshalb spricht sie sich für die generalistische

Pflegeausbildung aus, die aber auch ab dem dritten Jahr eine Spezialisierung ermöglicht. Um die Pflege insgesamt professionell auf breite Füße zu stellen, wirbt sie dafür, die "akademische Pflege" voranzutreiben.

## **Gründung einer Pflegekammer möglich**

Die Akademisierung der Pflege laufe schon an: In Tübingen gibt es bereits eine dreijährige Fachausbildung an einem Gesundheitscampus. Um die Interessen der Pflege grundsätzlich zu gewährleisten, seien bis Ende 2019 im Landtag die Voraussetzungen geschaffen, um eine Gründung einer Pflegekammer – ähnlich wie bei Ärzten – zu ermöglichen. In einer Umfrage unter Pflegekräften hätten sich 68 Prozent eine solche Kammer als Landesvertretung gewünscht.

Das größte Problem aber bleibe der Personalnotstand. "Der Markt ist leergefegt. Deshalb geben auch so viele Pflegende so schnell wieder auf, weil sie ausgebrannt sind. Wir brauchen ganz dringend mehr Pflegekräfte. Wir möchten in den nächsten drei Jahren die Rahmenbedingungen so verbessern, dass sie uns nicht mehr von der Fahne gehen", versprach Mielich.

## **Banger Blick in die Zukunft**

Ein ehrgeiziges Ziel, doch wie soll das klappen? In den nächsten Jahren würde in der Pflege 40 Prozent des Personals aus Altersgründen in den Ruhestand gehen, rechnete bei der anschließenden regen Diskussion ein Zuhörer vor. "Wissen wir eigentlich, was da die nächsten Jahre auf uns zukommt?", fragte er. Ein anderer aus dem Publikum, ebenfalls aus der Pflege, meinte: "Das Pflegepersonal ist am Ende, ist schon lange an der Belastungsgrenze." Der Fachkräftemangel sei aber seit Jahren bekannt.

Auch der SLK-Betriebsratsvorsitzende Jens Mohl ging ans Mikro. Er befürchtet, dass die vom Kabinett gewollte Mindestbemessungsgrenze des Personals auf Stationen schaden könne. "Die Untergrenze könnte von den Klinik-Geschäftsführern auch als Obergrenze gesehen werden, um weiter Personal zu sparen."

Die Gesetze im Gesundheitswesen werden auf Bundesebene gemacht. Dennoch gaben die Besucher der Diskussion in Heilbronn der Staatssekretärin eine klare Botschaft mit nach Stuttgart: "Sie müssen die Apelle mitnehmen, Sie haben als Politikerin Verantwortung – auch auf Landesebene."

## **Das könnte Sie auch interessieren**